

# «Diplomatische Dokumente»

Die «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS) sind nicht nur für Historiker spannend

**Anfangs Juni 1997 erschien Band 16 der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS), der die beiden ersten Nachkriegsjahre abdeckt. Und für die ersten Juli-Wochen ist nun Band 14 im Buchhandel angesagt, der letzte noch fehlende Band der Kriegsjahre (1941 bis August 1943).**

**M**it Band 16 beginnt die 2. Serie der «Diplomatischen Dokumente der Schweiz» (DDS). Sie soll die «Ära Petitpierre» (1945–1961) umfassen. Ins Auge fällt sofort der Umfang des Bandes: 400 statt der bisher bis zu 1600 Seiten. Schon aus finanziellen Gründen begnügt man sich mit den wichtigsten Dokumenten und verweist den Leser auf die eben eingeführte elektronische Datenbank «DoDiS» der DDS. Für die in den Dokumenten behandelten Themen existiert ein thematisches Verzeichnis, das man konsultieren sollte. Allerdings: Begriffe wie «Raubgold» oder «nachrichtenlose Vermögen» stehen da nicht. Man muss diesbezüglich unter «Relati-

ons financières» suchen: zur Zeit ist das Verzeichnis nur auf Französisch verfügbar!

Für diesen Bericht beschränken wir uns auf das Gedruckte: 124 Dokumente, von denen 19 die Schweizer Nationalbank (SNB) erwähnen. Allerdings geht es da weniger um Raubgold als vielmehr um den Nachkriegsgoldhandel. Zum Raubgold gibt es jedoch einen interessanten Brief von SNB-Generaldirektor Paul Rossy, der die Absetzung seines Kollegen Alfred Hirs verlangt, dieser habe 1943/44 von der Reichsbank Berlin wissentlich gestohlenen belgisches Gold gekauft: «Es ist mir (daher) unmöglich, eine Mitarbeit mit Herrn Hirs über das Jahresende (1946) hinaus in Betracht zu ziehen. Sollte der Bundesrat Herrn Hirs weiter auf seinem Posten belassen, werde ich mich gezwungen sehen, die SNB zu verlassen.» Der Bundesrat belies Hirs, und Rossy blieb noch jahrelang gemeinsam mit ihm. Übrigens war es nicht Herr Rossy, der in der Generaldirektion die Möglichkeit aufwarf, Nazigold (sicher ist sicher) hierzulande nochmals einzuschmelzen.

Ein Dokument befasst sich mit der Möglichkeit, 1000 bis 2000 Waisenkinder aus den KZs im Alter von 3 bis 16 Jahren für ein Jahr oder mehr aufzunehmen. Hauptsächliche Herkunft: Polen und Jugoslawien, nur zum kleinen Teil jüdisch. Ein Drittel schwer geschädigt, «in einem Masse verwildert, dass sie sich wie Tiere benehmen». Anderswo ist vom Joint die Rede. Ihm wie dem IKRK und vor allem dem US-Schatzamt verdanke man «ein Übergewicht des Dollar-Angebotes». Ansonsten kommen wir in diesem Band ungeschoren und fast unerwähnt davon.

Interessant ist, schon ein Monat nach Ende des Nazi-Reiches, der arrogante Auftritt der Vertreter der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBV) während einer Audienz beim Bundesrat. Ihr Sprecher erklärte, um bei der Verpflichtung der Hehlerei von Raubgut in der Schweiz vorzubeugen, gelte es, nicht weiterzugehen als nötig. Die USA wollten davon profitieren, noch mehr Wirtschaftsspionage bei uns zu betreiben. Diese wichtigen Konkurrenten wollten sich den Schweizer Finanzmarkt aneignen. (also längst vor D'Amato, Jüdischem Weltkongress oder Jewish Agency). «Die Alternative ist klar. Entweder der Bundesrat unterstützt die Banken, oder er verzichtet auf die Zukunft des schweizerischen Binnenmarktes, was unvermeidlich Folgen für die Finanzierung der Bundesausgaben haben wird.» Die Drohung war deutlich. Und dann: Es ist

nicht an den Banken, nach Raubgut in der Schweiz zu suchen, sondern Sache der Alliierten. Doch im März 1946 erklärten die Banker: «Es wäre ausserordentlich gefährlich, wenn der Alliierten Ansinnen auf Übergabe oder Kontrolle der deutschen Vermögenswerte in der Schweiz stattgegeben würde.» Im übrigen stelle die SNV keine Forderungen, sie weise lediglich auf die Konsequenzen hin, die bei den kommenden Verhandlungen für die Schweiz als Finanzzentrum zu beachten seien. Ohne näher darauf einzutreten, erwähnte Herr Nussbaumer (Generaldirektor des Bankvereins) unter anderem auch die «Judenfragen». Wir wissen, dass der Bundesrat auch hier den Bankern jahrelang nachgab (oder: gefolgt ist).

Band 16 behandelt natürlich eine ganze Anzahl von Nachkriegsproblemen wie: Uno-Sitz Genf, die Beitrittsfrage, die Wiederaufnahme von diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen, die Atomwaffen usw. In der Einleitung weist Professor Antoine Fleury darauf hin, dass nicht alle Facetten diplomatischer Bemühungen Berns berücksichtigt werden konnten. Verständlich. Doch: ein höchst gewichtiger Fall zum Thema deutsches Vermögen in der Schweiz, von dem immer wieder die Rede ist, wird nur zweimal kurz erwähnt und kommt in den vorhergehenden Bänden der DDS nur ein einziges Mal vor.

ALEC PLAUT  
(wird fortgesetzt)